

Weiskirchner, Epismüller und die „Reichspost“

In der letzten Gemeinderatsitzung (20. Dezember) machte Bürgermeister Weiskirchner einige Bemerkungen über den Ausgleich, wie er geplant wird und zu befürchten ist, die große Aufmerksamkeit erregten. Weiskirchner erklärte unter lebhaftem Beifall des ganzen Gemeinderates:

Kollege Neumann hat auf den neuen Ministerpräsidenten hingewiesen; er ist heute noch gar nicht Ministerpräsident, denn er ist ja nur mit der Bildung des Kabinetts betraut, und ob ihm dies gelingt, ist noch fraglich. Ich werde nicht auf sein Programm eingehen, aber das eine kann ich heute sagen: Wenn der Herr Dr. v. Epismüller es wagen sollte, einen langfristigen Ausgleich, der die österreichischen Interessen hintansetzt, mit Hilfe des Paragraphen 14 durchzudrücken, dann wird er den Wiener Gemeinderat einmütig finden und entschiedene Zurückweisung erfahren. Ich möchte besonders darauf hinweisen, daß auch der Bund der deutschen Städte in diesem Saale den Ausgleich im verfassungsmäßigen Wege verlangt hat. Ich will jetzt nicht die Schatten Badenis rufen, aber welches Unglück hat die Politik Badenis über Oesterreich gebracht! Als wir im Jahre 1897 als junge Abgeordnete, erfüllt von Idealen, in das Abgeordnetenhaus eintraten, begann das Unheil, und zehn Jahre hat es gebraucht, um das Parlament wieder arbeitsfähig zu machen. Sollen wieder solche Zeiten eintreten, in denen nichts geschieht für die Interessen des österreichischen Volkes? Nein! Wir müssen fordern, daß der Ausgleich parlamentarisch erledigt wird, und wir können einem langfristigen Ausgleich nur dann unsere Zustimmung geben, wenn derselbe nicht mit zu großen Opfern erkauft wird. Der Ausgleich ist im Gesamtinteresse, und es wäre ungerecht, wenn Oesterreich allein die Opfer tragen sollte. Wenn es wahr ist, daß dieser neue, zwischen Stürgkh und Graf Tisza vereinbarte Ausgleich den verstärkten Agrarschutz beinhaltet, dann müssen wir als Vertreter der Reichshaupt- und Residenzstadt sagen, ein solcher verstärkter Agrarschutz darf nicht zustande kommen, es wäre ein Verbrechen an dem Volke, wenn die Getreide-, Vieh- und Fleischzölle erhöht würden. Die Bevölkerung Oesterreichs hat sich stets opferbereit und opferfreudig erwiesen, aber wir lassen uns nicht zum lebenslänglichen Hungertod verurteilen.

Die feine „Reichspost“ hat nun die Sätze, die wir hier durch fetten Druck hervorheben, glatt weggefälscht; sie sind in ihrem Bericht restlos u n t e r d r ü c k t! Das christlichsoziale Blatt scheut sich also nicht, eine bedeutungsvolle Kundgebung des Wiener Bürgermeisters zu fälschen, um dem Herrn v. Epismüller angenehm zu werden! Umsomehr ist Anlaß vorhanden, die Weiskirchner'sche Erklärung in die Erinnerung einzuprägen.